

PDS in Be



Mit einem roten Doppeldecker geht die PDS auf EU-Wahlkampftour. Vom 6. bis 10. Juni ist der Bus mit Promis und Kultur in Berlin. Am 13. Juni wird gewählt. (Foto: Axel Hildebrandt)

Mehr Demokratie ist möglich!

Politische Entscheidungen werden in aller Regel im Parlament getroffen. „Das ist gut so“, meint zum Beispiel die CDU. „Das reicht nicht“, sage ich, wir brauchen mehr direkte Demokratie. Es reicht nicht, wenn die Bürgerinnen und Bürger alle paar Jahre mal eine Partei ihrer Wahl ankreuzen können. Sie sollen auch zwischendurch mitbestimmen können. Und sie wollen das auch, wie Umfragen zeigen. Monatlang sammelte die Berliner Banken-Initiative Unterschriften. Ich teile ihr Anliegen nicht, aber ich verstehe ihren Frust. Ihr Volksbegehren wurde ausgebremst. Von „Rot-Rot“ hieß es. Aber das ist falsch. Die Berliner Verfassung lässt zwar Volksbegehren zu, aber nicht, sobald davon Haushaltsfragen berührt werden. Das ist eine hohe Hürde, denn fast alles hat letztlich irgendwie mit Geld zu tun. Auf Bundesebene sieht es noch schlimmer aus. Derzeit wird über eine Volksabstimmung zur künftigen EU-Verfassung gestritten. Die PDS ist dafür, andere sind es nicht. Aber das Grundgesetz sieht Initiativen direkter Demokratie schlicht nicht vor. Das ist ein treffliches Argument, aber kein gutes. Denn auch ein Grundgesetz lässt sich verbessern. Aber bislang stimmten CDU und CSU stets mit Nein. Und wenn es im Bundestag zum Schwur kam, dann votierten auch SPD und Grüne dagegen – zuletzt geschehen im Herbst 2003. „Die Hürden für mehr Demokratie müssen weg.“ So lässt sich das Fazit nach der PDS-Vorstandssitzung vom 26. April 2004 bündeln. Und das bleibt auch das Ziel der Berliner PDS. Aber, um logisch zu bleiben: Diese Aufgabe lässt sich nicht delegieren. Daran muss schon jede und jeder direkt und demokratisch mitwirken.

■ Halina Wawzyniak
stellv. PDS-Landesvorsitzende

Unter dem Strich steht ein Plus

Dieser Tage wurde mein Kollege Peter-Rudolf Zottl, ein Urgestein der Berliner PDS, Großvater. Gleich zweimal, kurz hintereinander, da kommt Freude auf. Doch was meinte unser Opa: „Kaum geboren und schon über 15.000 Euro Schulden!“ Denn das ist das Durchschnitts-Manko, das auf jeder Berlinerinnen und jedem Berliner lastet. Auch deshalb hatte die PDS schon zu Oppositionszeiten gesagt: „Die Sanierung des Haushalts ist die Schlüsselaufgabe!“ Und folglich waren die ersten 2½ Jahre der rot-roten Koalition sehr davon bestimmt, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Das gehörte zum Neuanfang, den wir vor der Berliner Wahl versprochen hatten.

Nun ist Halbzeit. Am 16. Mai wird die PDS auf einem Extra-Landesparteitag Bilanz ziehen. Der PDS-Landesvorstand hat gemeinsam mit der Fraktion ein Resümee vorgelegt. Es ist über 100 Seiten dick. Soll und Haben werden kritisch gewogen. Unter dem Strich steht ein Plus. Die Politik des Größenwahns wurde beendet. Der Haushalt wurde auf solidere Füße gestellt. Ein Mentalitätswechsel wurde eingeleitet. Ich weiß, das klingt sehr nach Politik-Deutsch. Aber ich will es gern mit wenigen Beispielen übersetzen.

Erinnern Sie sich noch an den BSR-Skandal? Viele Müllkunden wurden mehrfach abkassiert, und das von einem städtischen Unternehmen. Die PDS und Wirtschaftssenator Wolf haben damit Schluss gemacht. Ähnliche Ungereimtheiten, um es vorsichtig

zu formulieren, gab es fast überall, wo das Land Berlin unter CDU-Führung geschäftig wurde. Filz und Korruption waren allgegenwärtig. Der Schaden geht in die Milliarden. Das viel zitierte Banken-Desaster war nur die Spitze des Eisbergs.

Wenn ich gefragt werde, was Berlin auszeichnet, dann verweise ich immer auf die Kultur. Sie ist ein Pfund. Etliche Senatorinnen und Senatoren haben dafür gekämpft und sind gescheitert. Die Finanznot schien stärker und der Bund war wenig hilfreich. Thomas Flierl war erfolgreicher. Als er das Amt übernahm, galt er als „der Verhinderer“. Diesen Ruf hat er zum Positiven gewendet. Er hat verhindert, dass Opernhäuser geschlossen werden. Er hat verhindert, dass Unis kaputtgespart werden. Er hat dafür gesorgt, dass Berlin eine Zukunft hat.

Heidi Knake-Werner hat einen schwierigen Senats-Job. Sie schafft ihn, weil sie ein soziales Gewissen hat, dem sie mit Eifer folgt. Und weil sie ein PDS-Credo lebt: „Betroffene zu Beteiligten machen.“ Sie entscheidet nie am „grünen“ Tisch, sondern immer im Dialog mit jenen, um die es geht. Das sind viele, wie der aktuelle Sozialstruktur-Atlas zeigt. Und es werden immer mehr, weil die Bundespolitik ihnen ins Gesicht schlägt. Dagegen hat die Berliner PDS konsequent gestimmt. Auch das gehört zur Bilanz.

■ Stefan Liebich,
Landes- und Fraktionsvorsitzender

Kurzer Draht nach Szczecin

Offenlegung der Vorstandsgehälter

Eine von der PDS geforderte personenkonkrete Offenlegung der Gehälter von Vorständen in den Berliner landeseigenen Unternehmen ist möglich. Zu dieser Einschätzung kommt der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Hansjürgen Garstka. Er meint, die klarste Regelung zur Offenlegung der Bezüge wäre eine gesetzliche Bestimmung. Die Koalitionsfraktionen haben jetzt den Senat mit der Erstellung eines Korruptionsregisters beauftragt. Außerdem soll ein Corporate Governance Codex erarbeitet werden, der Standards für eine verantwortungsvolle, transparente Führung der Landesunternehmen regelt.

Palast weiter zwischennutzen

Der PDS-Fraktions- und Landesvorsitzende, Stefan Liebich, hat die Forderung von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse nach einem stärkeren Engagement des Landes Berlin für den sofortigen Abriss der Ruine des Palastes der Republik und den Wiederaufbau des Stadtschlusses zurückgewiesen. „Berlin und auch der Bund können es sich angesichts ihrer Haushaltslagen nicht leisten, Entscheidungen auf der Basis ungeprüfter Kostenvorschläge zu treffen“, erklärte Liebich. Da ein Palastabbriss keinen Sinn mache, ehe nicht geklärt sei, wie Berlin diesen zentralen Ort künftig nutze, solle an dem Konzept der Zwischennutzung festgehalten werden.

Ost-West-Erfahrungsaustausch

Bildungspolitikerinnen der PDS-Fraktion regen nach Besuchen in Schulen einen Ost-West-Erfahrungsaustausch an. So zeige sich, erklärte Siglinde Schaub, dass bei der Ganztagsbetreuung, die ausgebaut werden solle, der Ostteil nicht nur einen „Ausstattungsvorsprung“ bei der Platzzahl habe, sondern auch, was Erfahrungen in der Umsetzung betrifft.

Wenn am Vorabend des 1. Mai diese Zeitung erscheint, braucht es nur noch wenige Stunden, bis mit dem Beitritt von zehn Staaten aus Mittel- und Osteuropa die Teilung Europas endgültig aufgehoben ist. Uns bietet sich die große Chance, zwei Generationen nach dem Ende des II. Weltkrieges die historische Wirtschafts- und Kulturregion auf beiden Seiten der Oder neu zu gestalten. Der Berliner Senat vor Rot-Rot schaute in der Vergangenheit hauptsächlich nach Warschau und Moskau – und übersprang dabei die Region zwischen Berlin, Szczecin, Poznan und Wroclaw. Man träumte vom Transrapid Berlin – Warschau und vergaß darüber, sich für eine schnelle Regionalzugverbindung zwischen Berlin und Szczecin einzusetzen.

Als die PDS Anfang 2002 das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Frauen übernahm, gab es im Senat nur sehr bruchstückhafte Überlegungen, wie Berlin seine Rolle als Drehscheibe zwischen Ost und West, als Metropole und Impulsgeber der Oder-Region praktisch ausfüllen sollte.

Als ich im September 2003 nach Szczecin reiste, erfuhr ich, dass ich der erste Wirtschaftssenator Berlins war, der die Stadt besuchte. Wir vereinbarten dort eine bessere Zusammenarbeit in Sachen Wirtschaft und Verkehr. Die ersten Ergebnisse habe ich vor kurzem gemeinsam mit dem Marschall der Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern), Zygmund Meyer, vorgestellt. Sie reichen vom Austausch der Tourismusexperten bis zum gemeinsamen Ticket im öffentlichen Nahverkehr. Mit den Wojewodschaften Wielkopolskie (Großpolen) und deren Hauptstadt Poznan sowie Lubuskie (Lebuser Land), Dolnoslaskie (Niederschlesien) und deren Hauptstadt Wroclaw gibt es inzwischen ebenfalls sehr gute, direkte Arbeitskontakte, in

die immer auch Brandenburg einbezogen ist. Auch in Brüssel waren wir in letzter Zeit erfolgreich, die EU-Kommission nahm sogar Berliner Überlegungen zur Förderung der Metropolregionen in ihre Planungen auf.

Die praktische Arbeit an der Gestaltung der EU-Osterweiterung beschränkt sich aber nicht auf offizielle Kontakte und EU-Projekte. Wir wollen auch das wirtschaftliche und kulturelle Potenzial und die Mittlerfunktion der Migrantinnen und Migranten nutzen, die aus Mittel- und Osteuropa nach Berlin gekommen sind, hier leben und arbeiten.

Nicht nur als Selbstständige, auch als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen sie ihre Arbeitskraft legal anbieten können. Ich habe mich daher im Bundesrat dafür eingesetzt, dass die Fristen zur Einführung der Freizügigkeit auf diesem Gebiet so bald wie möglich überprüft werden. Außerdem beteiligen wir uns an einem grenzüberschreitenden EU-Projekt zur Qualifizierung von Arbeitsmigranten und -migrantinnen. Freizügigkeit nicht nur für Waren und Kapital, sondern auch für Menschen – davon wird die Region als Ganzes profitieren.

Wir haben das Berliner Konzept zur EU-Osterweiterung vom Kopf auf die Füße gestellt. Natürlich soll der Blick Richtung Osten nicht an der Ostgrenze Polens hängen bleiben. Unsere Beziehungen zur Partnerstadt Moskau und zu Russland wollen wir über die Konzentration auf die Region nicht vernachlässigen. Wichtig ist für uns, die Zusammenarbeit mit den russischsprachigen Bürgerinnen und Bürgern Berlins wieder stärker zu suchen.

■ *Harald Wolf,
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen*



*Girls-Day 2004: Senator Harald Wolf im Kreis interessierter Schülerinnen im Ausbildungszentrum der BVG
Foto: Joachim Donath/BVG*

Was ist der SPD eine Präsidentin wert?

In allen Artikeln über die Bundespräsidentenwahl werden die 31 Stimmen der PDS-Wahlleute automatisch der SPD-Kandidatin zugeschlagen. Ich hatte gerade erst erfahren, dass Gesine Schwan vom Kanzler vorgeschlagen wurde, da kam schon ein Abgeordneter aus der Regierungskoalition und sagte: Ihr macht doch mit – oder? Die Bundesversammlung ist groß. Am 23. Mai werden 1206 Menschen in geheimer Wahl ihre Stimme abgeben. Da sind Überraschungen nicht ausgeschlossen. Bei der letzten Wahl zum Bundespräsidenten hatte die CDU mit Dagmar Schipanski eine Frau aus dem Osten aufgestellt, eine erfolgreiche Wissenschaftlerin. Gewählt wurde Johannes Rau. Diesmal, wo die Konservativen die Mehrheit haben, ruft die SPD: Eine Frau muss es sein. Und da die PDS sich ja auch gern für Frauen in wichtigen Ämtern ausspricht, gilt ihre Zustimmung als sicher. Warum eigentlich? CDU und SPD inszenieren die Kandidatenkür als Vorentscheidung für die Wahl 2006. Wir als PDS konzentrieren uns in unserer politischen Arbeit auf den Kampf gegen die Agenda 2010. Wir haben die „Agenda sozial“ erarbeitet, wir nehmen an Demonstrationen und Kundgebungen teil, engagieren uns in sozialen Bewegungen. Dieser Kampf gegen die Agenda 2010 ist für mich auch die Messlatte meiner Entscheidung am 23. Mai. Sowohl Gesine Schwan als auch der CDU-Kandidat Köhler verteidigen die Agenda 2010. Nun bin ich nicht so naiv zu glauben, dass die SPD, um die Stimmen der PDS zu gewinnen,

alle mit der CDU im Konsens beschlossenen Gesetze ändern würde. Aber nicht alles ist schon umgesetzt. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen ist geplant, aber noch nicht umgesetzt. Die geplanten Regelungen sehen vor, dass Arbeitslose jede Arbeit an jedem Ort annehmen müssen, ansonsten erhalten sie keine Leistungen mehr. Ein derartiger Beschluss hätte Auswirkungen nicht nur auf die Arbeitslosen, sondern auch auf die, die Arbeit haben. Die Abwärtsspirale bei Löhnen und Gehältern würde verschärft. Die Entvölkerung des Ostens ginge noch schneller. Wenn die SPD ein echtes Interesse an der Wahl von Frau Schwan zur Präsidentin hätte, würde sie meinen Vorschlag aufgreifen. Nun gibt es so manchen, der sagt, um die Wahl dürfe nicht gepokert werden. Die Wahl der Bundespräsidentin mit politischen Forderungen zu verbinden, beschädige die Würde des Amtes, wird argumentiert. Ich denke aber auch an die Würde von Millionen Arbeitslosen. Und wenn die PDS ihren politischen Einfluss nutzen kann, um etwas für diese Menschen zu erreichen, dann muss sie das tun. Die Frage, was der SPD eine Präsidentin wert ist, muss sie selbst beantworten. Ist die Antwort so, wie ich es beschrieben habe, dann erfüllte sie nicht nur eine Forderung der PDS, sondern auch die von Hunderttausenden Demonstranten am 3. April.

■ Dr. Gesine Lötzsch, PDS im Bundestag

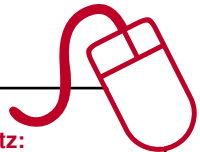
In Kürze:

Mehr rechtsextreme Straftaten

Im Februar 2004 wurden bundesweit deutlich mehr rechtsextreme Straftaten registriert als in den Vormonaten. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf die regelmäßige Nachfrage von Petra Pau (Mitglied im Innenausschuss) hervor.

EU-Wahlkampftour

Anfang Mai startet die PDS-Wahlkampftour für die EU-Wahlen am 13. Juni 2004. Sie führt mit dem roten Doppeldecker kreuz und quer durch die Bundesrepublik. Gesine Lötzsch und Petra Pau werden in verschiedenen Städten dabei sein und für die PDS werben.



Frauen im Netz:

Aktueller und umfassender als bei der PDS im Netz ist die Arbeit von Gesine Lötzsch und Petra Pau übrigens via www.gesine-loetzsch.de und www.petra-pau.de nachvollziehbar.



Fretzdorf: Petra Pau (PDS im Bundestag), Harald Wolf (Senator) und Wolfgang Gehrcke (PDS-Vorstand) beim Ostermarsch gegen das Tempodrom. Foto: Axel Hildebrandt

Bundestagsbüro Dr. Gesine Lötzsch

2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de

Bürgersprechstunde:
11. 05. 2004, 17–18 Uhr

Wahlkreisbüro Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de

Bürgersprechstunde:
12. 05. 2004, 10–12 Uhr

Termine:

8. Mai 2004

Tag der Befreiung

Kranzniederlegung

16 Uhr

Sowjetisches Ehrenmal Berlin

Treptower Park

8. Mai 2004

100 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland

Subbotnik/Jugendtreff, u. a. mit Falken und [solid] Berlin und Brandenburg

11 Uhr

Gedenkstein im Wald bei Stolpe

(Oberhavel)

8. Mai 2004

Einweihung des Mahnmals zum Gedenken an die ZwangsarbeiterInnen

Auf dem Gelände des Evangelischen Waldkrankenhauses

13 Uhr

Stadtrandstraße

Berlin - Spandau

12. Mai 2004

Dialog der Generationen

Gesine Löttsch diskutiert mit den Wissenschaftlern Gunnar Winkler und Wolfgang Weiß

19 Uhr

Wahlkreisbüro

Ahrenshooper Str. 5

13051 Berlin - Hohenschönhausen

16. Mai 2004

3. Tagung des 9. Landesparteitages der Berliner PDS zur Halbjahresbilanz und zum Europawahlkampf

10 Uhr

ABACUS, Tierparkhotel

Franz-Mett-Str. 3 – 9

Berlin - Lichtenberg

4. Juni 2004

Symposium Öffentlicher Personennahverkehr als Standortfaktor

16 – 20 Uhr

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße

10. Juni 2004

PDS-Wahlkampfabschluss

ab 16 Uhr

im „Prater“

Kastanienallee

Berlin Prenzlauer Berg

Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax 24 00 92 60

E-Mail: lv@pds-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: www.warenform.net

Druck: www.druckerei-bunterhund.de

Redaktionsschluss: 26. 04. 2004

Kalenderblatt: 1. Mai 1929 „Blutmai“ in Berlin

Mit großer Brutalität geht die Polizei in Berlin gegen alle vor, die trotz des Demonstrationsverbots an der Tradition der Maiaufmärsche festhalten wollen. Schon im Vorfeld hatten die Behörden äußerste Härte angekündigt. Während SPD und Gewerkschaften ihren Mitgliedern zur Einhaltung des Verbotes raten, folgen ca. 8000 Menschen dem Demonstrationsaufruf der KPD. In den „roten“ Arbeitervierteln Neukölln und Wedding sammeln sich die einzelnen Gruppen. Die Polizeikommandos treiben sie mit Gummiknüppeln, Wasser und Warnschüssen auseinander. In der Hasenheide und am Hackeschen Markt sind am Mittag bereits die ersten Verletzten und der erste Tote durch gezielte Schüsse zu beklagen. In der Kösliner Straße kommt in den Abendstunden ein Panzerwagen mit Maschinengewehr zum Einsatz. Häuserfronten mit roten Fahnen und erleuchtete Fenster werden unter Dauerbeschuss genommen. Nach offiziellen Angaben sterben an diesem Maitag neun Menschen, 63 Demonstranten und Unbeteiligte werden schwer verletzt und 860 verhaftet. Die Polizei registriert in ihren Reihen lediglich 25 Verletzte.

In den folgenden zwei Tagen werden der Wedding und Neukölln erneut Schauplatz rücksichtsloser Polizeieinsätze. Wieder kommen Panzerwagen und Maschinengewehre sowie Karabiner zum Einsatz. Ganze Viertel werden zeitweise abgeriegelt. Am 3. Mai beschließt das Polizeipräsidium, den Polizeieinsatz zu verschärfen. Über Wedding und Neukölln wird faktisch

der Ausnahmezustand verhängt. Die Polizei richtet Maschinengewehrstellungen in Tordurchfahrten, auf Balkonen und auf Dächern ein. Erst am 4. Mai entspannt sich die Lage wieder.

Die Bilanz des Polizeiterrors ist erschreckend: 33 Tote, 198 Verletzte und 1228 Festnahmen. Auch bürgerliche Journalisten rügen die von der Polizei geschürte Eskalation der Gewalt. Die Behauptung, Schüsse von Demonstranten hätten dieses Vorgehen erzwungen, sind mehr als fragwürdig. Die einzige Schussverletzung auf Seiten der Polizei hatte sich der Beamte nachweislich selbst beigebracht.

Verantwortlich für das Demonstrationsverbot und das Vorgehen der Polizei ist Karl Friedrich Zörgiebel (1878 – 1961). Der gelernte Küfer ist seit 1901 Mitglied der SPD und seit 1926 Berliner Polizeipräsident. Später wechselt er bis zu seiner Entlassung durch die Nazis nach Dortmund. Nach dem Kriege ist er am Aufbau der Polizei in Rheinhessen-Pfalz beteiligt. Die Bundesrepublik würdigt ihn mit dem Bundesverdienstkreuz.

Ende Mai 1929 weist der SPD-Vorsitzende Otto Wels jede Schuld für die Vorfälle zurück und diskreditiert die Demonstranten als „kleinere Gruppen missgeleiteter, halbreifer Burschen und Elemente, die mit der organisierten Arbeiterschaft nicht das Geringste zu tun haben“.

■ Jürgen Hofmann

SERVICIE

Die Seiten ändern sich.

www.nd-online.de



Jetzt neue Seiten,
mehr Inhalt, täglich besser.

Großes Gewinnspiel * 5. Juni ND-Pressfest

Probe-Abo

030 - 24 04 04 00